



München, 20.02.2026

Pressemitteilung 06/2026

Welttag der sozialen Gerechtigkeit 2026: Bayern muss Verantwortung für historisches Unrecht an Gehörlosen übernehmen – Hamburg als Vorbild

Zum Welttag der sozialen Gerechtigkeit¹ blickt der Landesverband Bayern der Gehörlosen (LVBYGL) erwartungsvoll auf den Bayerischen Landtag. Während Hamburg bereits 2025 durch eine offizielle Entschuldigung² für das Gebärdensprachenverbot ein Zeichen der Versöhnung setzte, besteht in Bayern nun die Chance, diesem Beispiel durch eine fundierte parlamentarische Aufarbeitung und die sofortige Umsetzung des versprochenen Gehörlosengeldes zu folgen.

Hintergrund: Ein Tag für globale Fairness

Der Welttag der sozialen Gerechtigkeit wurde 2007 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um weltweit auf Ungleichheiten aufmerksam zu machen. Unter dem Motto „Empowering Inclusion“ (Inklusion stärken) rücken im Jahr 2026 besonders jene Menschen in den Fokus, die aufgrund systemischer Barrieren am Rande der Gesellschaft stehen. Für die rund 10.000 gehörlosen Menschen in Bayern ist dieser Tag ein dringender Appell, die „Lücken für soziale Gerechtigkeit“ endlich zu schließen.

1. Gerechtigkeit durch Anerkennung: Das Vorbild Hamburg

Wie echte soziale Gerechtigkeit aussieht, hat die Hamburgische Bürgerschaft im Juli 2025 eindrucksvoll bewiesen. Mit einem historischen interfraktionellen Beschluss bat das Parlament und der Hamburger Senat die gehörlosen Menschen offiziell um Entschuldigung für das jahrzehntelange Leid durch das Gebärdensprachenverbot. Unter dem Titel „Unrecht an Gehörlosen anerkennen, entschädigen und erforschen“³ wurde dort ein Weg eingeschlagen, der wissenschaftliche Aufarbeitung und die Anerkennung des Leids vereint. „Hamburg hat gezeigt, dass Politik die Größe besitzen kann, Fehler der Vergangenheit einzugestehen“, erklärt Daniel Büter, politischer Referent des Landesverbandes. „Wir regen an, dass auch der Bayerische Landtag diesen Weg der Anerkennung beschreitet.“

2. Parlamentarische Initiative: Ein wichtiger Schritt zur Aufarbeitung

Die aktuelle schriftliche Anfrage⁴ der Landtagsabgeordneten Kerstin Celina (Bündnis 90/Die Grünen) vom 27. Januar 2026 rückt nun auch in Bayern das dunkle Kapitel des Oralismus in den Fokus. Über ein Jahrhundert lang wurde gehörlosen Kindern die Verwendung ihrer Muttersprache – der Gebärdensprache – unter Androhung von Strafe untersagt. Dieses aus den Beschlüssen des Mailänder Kongresses von 1880 resultierende Verbot hat Identitäten zerstört und Bildungschancen systematisch geraubt. Der LVBYGL fordert die Staatsregierung auf, der Anfrage Celinas mit der gleichen Aufrichtigkeit zu begegnen, wie es der Hamburger Senat bereits getan hat.

¹ Welttag der sozialen Gerechtigkeit: <https://www.un.org/en/observances/social-justice-day>

² Bericht zur Hamburger Entschuldigung (Taubenschlag): Am 16. Juli 2025 bat die Hamburgische Bürgerschaft die Betroffenen offiziell um Verzeihung. Auch Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer entschuldigte sich im Namen des Senats. URL: <https://www.taubenschlag.de/2025/07/historisch-hamburg-bittet-gehoerlose-um-entschuldigung/>

³ Parlamentarische Drucksache 22/17750: Dies ist der interfraktionelle Antrag von SPD, CDU, Grünen und Linken mit dem Titel „Unrecht an Gehörlosen durch die Unterdrückung der Gebärdensprache anerkennen, entschädigen und erforschen“. URL: https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/90058/22_17750_unrecht_an_gehoerlosen_durch_die_unterdrueckung_der_gebaerdensprache_anerkennen_entschaedigen_und_erforschen

⁴ Schriftliche Anfrage Kerstin Celina: <https://www.kerstin-celina.de/gebaerdensprachenverbot-an-bayerischen-bildungseinrichtungen/>

3. Gehörlosengeld: Koalitionsversprechen zügig einlösen

Ein wesentlicher Pfeiler der sozialen Gerechtigkeit ist die materielle Teilhabe. Der LVBY erinnert an das Wahlversprechen im Koalitionsvertrag, ein bayerisches Gehörlosengeld einzuführen. Dass die Mittel hierfür im Doppelhaushalt 2026/2027 vorerst gestrichen wurden, sorgt in der Gemeinschaft für Besorgnis. ⁵ „Diese Ungleichbehandlung verstößt gegen den Artikel 118a der Bayerischen Verfassung und ist eine soziale Schande für den Freistaat“, so Büter. „Wir setzen darauf, dass die Koalition ihr Wahlversprechen bis zum Ende der Legislaturperiode vollumfänglich erfüllt.“

Unsere Kernforderungen zum Welttag der sozialen Gerechtigkeit:

1. **Offizielle Entschuldigung** der bayerischen Staatsregierung für das Leid durch das Gebärdensprachenverbot, analog zum Hamburger Vorbild.
2. **Sofortige Einführung des bayerischen Gehörlosengeldes** zur Sicherung materieller Teilhabe und Nachteilsausgleich.
3. **Wissenschaftliche Aufarbeitung** der bayerischen Schulgeschichte unter Einbeziehung der Betroffenen.

Soziale Gerechtigkeit ist keine Almosenfrage – sie ist eine Frage der Menschenwürde und der Anerkennung unserer Gebärdensprache und Kultur.

Über den Landesverband

Der Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. vertritt die politischen, wirtschaftlichen, sprachlichen und kulturellen Interessen der Gebärdensprachgemeinschaft in Bayern. Dies umfasst Gehörlose bzw. Taube und anderer Menschen mit Hörbehinderungen. Gegründet am 4. März 1951, setzt sich der Verband für kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen ein, indem er kommunikative Barrieren abbaut, die Gebärdensprache fördert und Rechte wahrt, um eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen.

Kontakt:

Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V.
Daniel Büter, politischer Referent
E-Mail: daniel.bueter@lvby.de

⁵ Pressemitteilung vom 02.12.2025 „Gehörlosengeld: Koalitionsversprechen gebrochen – Bayern lässt Gehörlose im Stich“:
https://lvby.de/images/2025-12-03_KOG_LVBYGL_PM2025_20251202_Gehoerlosengeld4146.pdf